

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27.11.2013
- 3 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen für die
Weiterführung der Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit
Vorlage: 13/SVV/0816
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 4 Besetzung der Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0832
Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt
- 5 Vertrag Inhouse-Vergabe "Projektmanagement" Schiffbauergasse an die
ProPotsdam GmbH
Vorlage: 13/SVV/0836
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Arbeitsgruppe Verkehr der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises
Potsdam-Mittelmark
Vorlage: 13/SVV/0675
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6.2 Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam - Zeit- und
Arbeitsplan
Vorlage: 13/SVV/0676
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die 100. Sitzung des Hauptausschusses.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 27.11.2013**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Er informiert, dass zur Verständigung mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten bezüglich der Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an den Mehrwert-Gartenprojekten eine Einladung an Herrn Prof. Dorgerloh erfolgt sei und er in der Hauptausschusssitzung am 08. Januar 2014 dazu Stellung nehmen werde.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Informationen unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ vor:

- Stand der Vorbereitung und der Umsetzung der geplanten Haushaltssperre,
- Gespräche mit der Weissen Flotte in Umsetzung des Beschlusses DS-Nr. 13/SVV/0461 sowie
- auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE zum russisch-orthodoxen Gemeindezentrum.

Die Tagesordnung soll unter TOP 6 „Mitteilungen der Verwaltung“ um eine Information zum „Luftschiffhafen“ ergänzt werden.

Im Weiteren verweist der Oberbürgermeister auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der Fraktion CDU/ANW zur Bildung eines Zeitweiligen Ausschusses zur Aufklärung aller Umstände die zur Schließung der Sportstätten am Luftschiffhafen führten. Da die Bildung von Ausschüssen nicht in die Zuständigkeit des Hauptausschusses, sondern in die der Stadtverordnetenversammlung falle, könne der Antrag hier nicht beraten werden. Im Zusammenhang mit der Information zum Luftschiffhafen werde er aber einen Vorschlag unterbreiten, wie dem Anliegen Rechnung getragen werden könne.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 99. Sitzung vom 27.11.2013 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

**zu 3 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen für die
Weiterführung der Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit
Vorlage: 13/SVV/0816**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Anschließend erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass die Mittel projektbezogen seien und durch den Bund zur Verbesserung der Bildung und Teilhabe benachteiligter Kinder und Jugendlicher bereitgestellt wurden.

Der Hauptausschuss beschließt:

Genehmigung der überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 36200 (Jugendarbeit) im Haushaltsjahr 2013 in einer Höhe von 288.000,00 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4 Besetzung der Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0832

Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, was in den letzten Jahren im Rahmen des Tätigkeitsfeldes passiert sei, verweist Frau Reinert auf den jährlich dem Hauptausschuss vorgelegten Tätigkeitsbericht, der darüber informiere. Der nächste werde voraussichtlich im März 2014 erfolgen.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Bestellung von Frau Rechtsanwältin Elke Schaefer zur Ombudsfrau der Landeshauptstadt Potsdam als unabhängige Ansprechpartnerin für die Aufnahme und Bearbeitung von Hinweisen von Korruptionsverdachtsfällen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Frau Rechtsanwältin Elke Schaefer einen Vertrag zur Durchführung einer Ombudsstelle befristet bis zum 31.12.2014 zu schließen. Der Vertrag kann jährlich bis längstens zum 31.12.2017 verlängert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 5 Vertrag Inhouse-Vergabe "Projektmanagement" Schiffbauergasse an die ProPotsdam GmbH

Vorlage: 13/SVV/0836

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Standortmanagements der Schiffbauergasse gemäß dem Zielbild „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ wird dem Vertrag zur Inhouse-Vergabe an die ProPotsdam GmbH zur Übernahme von Facility-Management- und Projektmanagement-Dienstleistungen in der Schiffbauergasse zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

neu Information zum Luftschiffhafen

Der Oberbürgermeister betont eingangs, dass sich die Information in drei Problembestandteile gliedere. Zum einen werde Herr Klemund zu den baulichen Mängeln, zum Anlass und Zeitpunkt der Begutachtung Stellung nehmen. Im Weiteren gehe es darum, Alternativmöglichkeiten zu schaffen, wobei die Schließung der Hallen ein herber Verlust sei und die Suche nach einem kompletten Ersatz schwierig werde. Zum dritten sei die Frage, wie es zu dieser Situation kommen konnte. In diesem Zusammenhang werden Vorwürfe erhoben, zu denen die Belege fehlen. Deshalb habe er veranlasst, eine Prüfungskommission einzusetzen. Frau Krusemark und Herr Erdmann wurden unter Hinzuziehung externer Beratung mit der Aufklärung des schwierigen Sachverhaltes beauftragt. Sollten sich Hinweise mit einer strafrechtlichen Relevanz ergeben, werde sich die Stadt selbst an die Staatsanwaltschaft wenden. Bezug nehmend auf das Anliegen der Fraktion CDU/ANW zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses verweist er auf die Informationspflicht der Verwaltung. Deshalb könne eine Begleitung dieses Prozesses auch im Hauptausschuss erfolgen und er schlägt vor, einen ständigen Tagesordnungspunkt einzurichten.

Herr Klemund und Frau Runge erläutern anschließend den Anlass, die Vorgehensweise sowie die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen. Am Dach der Schwimmhalle seien Korrosionsschäden entdeckt worden; bei der Leichtathletikhalle wurde festgestellt, dass dort ein zweites Dach bei der Sanierung aufgetragen wurde, wodurch die Statik und damit die Sicherheit der Halle in Frage stehe. In beiden Fällen werden entsprechende Untersuchungen durchgeführt; mit ersten Ergebnissen sei im I. Quartal 2014 zu rechnen.

Anschließend werden die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder zur regelmäßigen Wartung der Hallen, dem Verfahren der Dachsanierung, der Statik und möglichen Gegenmaßnahmen, die eine teilweise Nutzung der Hallen ermöglichen könnte, beantwortet sowie Möglichkeiten zur Beschleunigung des Verfahrens diskutiert.

Frau Dr. Magdowski betont in ihren Ausführungen, dass versucht werde, einen Teil der sportlichen Aktivitäten am Standort selbst aufzufangen, andere städtische Einrichtungen zu nutzen sowie die Kooperation z. B. mit der Bundeswehr oder dem Umland zu initiieren. Dabei gebe es drei Zielgruppen – zum einen die Sportschule, weil die Beschulung zu den pflichtigen Aufgaben der Stadt gehöre. Zum anderen sei man an Aufträge der Uni Potsdam gebunden und seien die Leistungssportler mit Trainingsmöglichkeiten zu versorgen. Nicht zuletzt gelte es auch dem Breitensport Varianten anzubieten. Unter Umständen müsse die Stadt für finanzielle Schäden aus Vertragsverletzungen aufkommen. Im Weiteren erläutert Herr Gessner Ausweichmöglichkeiten, nach denen auch im Umkreis von Potsdam und in Berlin gesucht werde.

Frau Krusemark betont bezüglich der Haftungsfragen, dass es um die Aufklärung des vollständigen Sachverhaltes der letzten zehn Jahre gehe. Für diese komplexe Prüfung müssen die Unterlagen von allen beteiligten Bereichen angefordert werden. Vorsorglich werden verjährungsunterbrechende Maßnahmen eingeleitet.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Heinzel nochmals auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion CDU/ANW und betont die Notwendigkeit auch politische Vertreter in die Aufklärung der Umstände mit einzubeziehen sowie die Aufklärung transparent zu gestalten. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich für die Begleitung durch den Hauptausschuss aus, da dieser entgegen einem zeitweiligen Ausschuss, ggf. auch einen Beschluss fassen und darüber hinaus flexibler wirksam werden könne. Nach einem weiteren Meinungsaustausch erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, einen ständigen Tagesordnungspunkt „Luftschiffhafen“ einzurichten.

zu 6.1 Arbeitsgruppe Verkehr der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark

Vorlage: 13/SVV/0675

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage merkt Frau Müller an, dass sie die Ausrichtung auf eine vermehrte Nutzung des Fahrrades insbesondere in den Wintermonaten verwundere und ihr adäquate Angebote des ÖPNV fehlen.

Dies sei nicht das Anliegen der Vorlage, so der Oberbürgermeister, hier gehe es um die bessere verkehrliche Anbindung des Umlandes und zahlreiche Maßnahmen zur Kompensation des zusätzlichen Verkehrs.

Herr Dörrie verweist auf zahlreiche Verkehrsverflechtungen mit dem Umland – insbesondere mit Potsdam-Mittelmark und Berlin.

Herr Wartenberg bittet, auch den Kontakt zum Havelland zu suchen, da hiervon insbesondere die Ortsteile profitieren können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam - Zeit- und Arbeitsplan

Vorlage: 13/SVV/0676

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Herr Dr. Scharfenberg merkt hierzu an, dass der avisierte Zeitrahmen verkürzt werden sollte, denn es gebe jetzt schon einen Zeitverlust. Er plädiert dafür, noch vor der Kommunalwahl 2014 ein Konzept vorzulegen.

Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass die angegebenen Zeiträume benötigt werden, um ein qualitatives Konzept vorlegen zu können. Zudem sei für August 2014 ein Zwischenbericht geplant, aus dem erste Ergebnisse ersichtlich seien.

Im Ergebnis der Diskussion sagt der Oberbürgermeister eine aktuelle Berichterstattung im Mai 2014 zu.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Sonstiges

Stand der Vorbereitung und der Umsetzung der geplanten Haushaltssperre

Herr Exner erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Ausgangssituation und stellt avisierte Einsparmöglichkeiten vor.

Er beantwortet anschließend die Nachfrage von Frau Dr. Schröter zur Kompensation der Mittel bei Jugendeinrichtungen und von Frau Dr. Müller zu Spielräumen sowohl bei Jugendeinrichtungen als auch bei der Betreuung von Kindern.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, die Power-Point-Präsentation den Fraktionen zur Verfügung zu stellen und verweist auf die Möglichkeit, abweichende Anträge in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stellen zu können. Außerdem bittet er um die Darstellung der Einnahmesituation und der Gewerbesteuerereinnahmen. Herr Exner verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 18.12.2013, wo eine exakte Hochrechnung vorgestellt werde.

Gespräche mit der Weissen Flotte in Umsetzung des Beschlusses DS-Nr. 13/SVV/0461

Herr Klipp informiert über die laufenden Gespräche mit der Weissen Flotte. Derzeit werde an einer Aktualisierung des Verkehrswertgutachtens und an einem Entwurf eines unterschriftsreifen Erbbaupachtvertrages ebenso gearbeitet, wie an der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung überhaupt. Streitpunkt werde nach Ansicht von Herrn Dr. Scharfenbergs die Dauer des Erbbaurechtsvertrages sein – er halte die übliche Laufzeit von mindestens 20 Jahren für realistisch.

Russisch-orthodoxes Gemeindezentrum

Zum Bau des geplanten russisch-orthodoxen Gemeindezentrums führt Herr Klipp aus, dass der ursprünglich vorgesehene Bauplatz am Fuß des Kapellenberges aus naturschutzrechtlicher Sicht ungeeignet sei. Wegen des geschützten Baumbestandes und seltener Tierarten werde vorgeschlagen, den Bauplatz ein wenig zu verschieben. Die russisch-orthodoxe Kirche und die Untere Denkmalschutzbehörde haben diesem Vorschlag bereits zugestimmt; die Stellungnahme des Landesdenkmalamtes stehe noch aus.

Der Standort wird per Power-Point-Präsentation vorgestellt.

Hierzu fragt Herr Dr. Scharfenberg nach dem Zeitplan für die Errichtung und weist darauf hin, dass die Kirche im September 2014 ihren 185. Jahrestag feiert, was ein guter Anlass für die Grundsteinlegung wäre.

Antrag der Fraktion DIE LINKE – DS 13/SVV/0772 - Erbbaurechtsvertrag SV Babelsberg 03 e.V.

Herr Scharfenberg führt aus, dass es zwischenzeitlich diesbezüglich Gespräche mit den Vereinen gegeben habe und vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung der Antrag **zurückgezogen** werde.